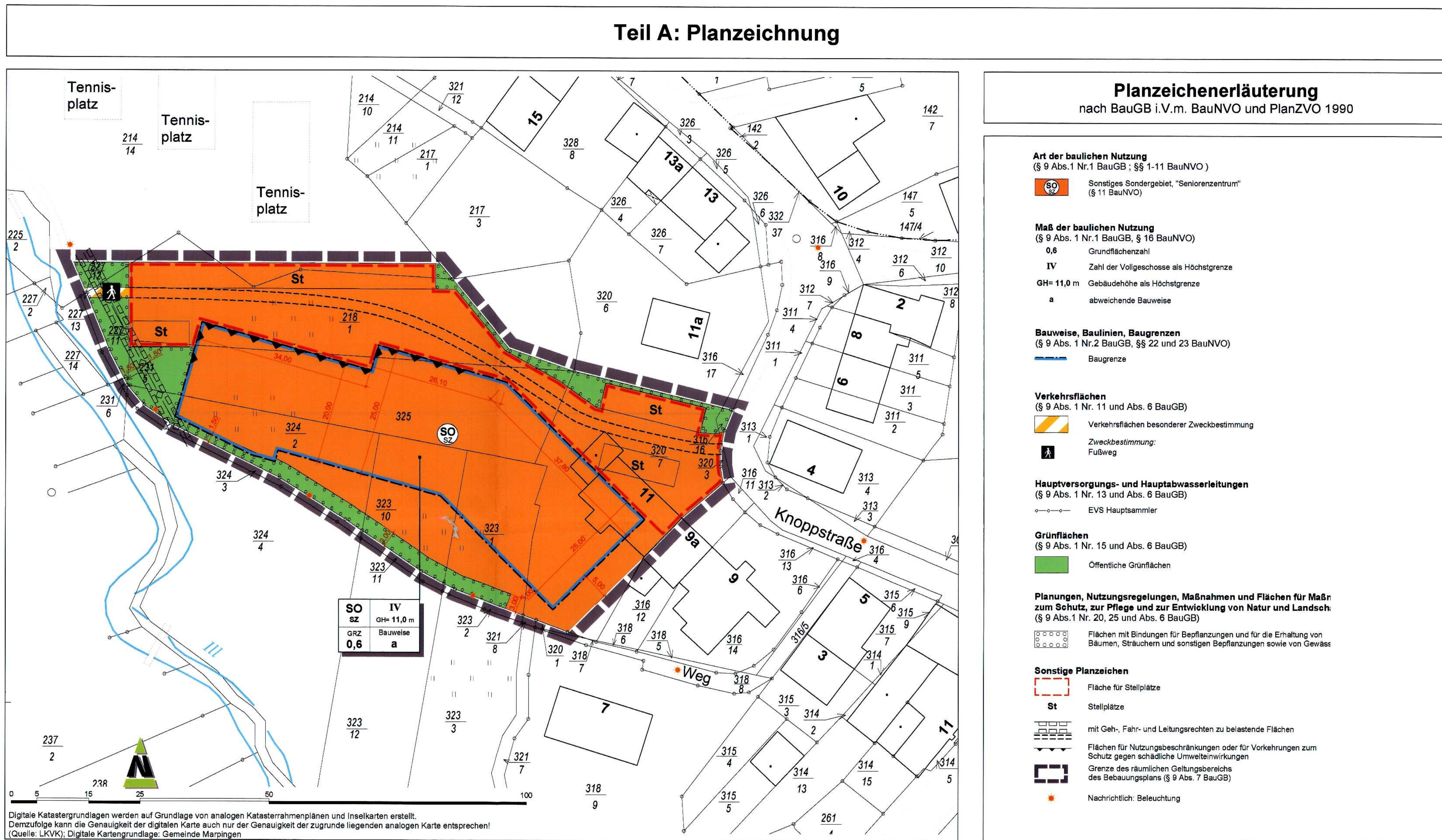


1. Änderung Bebauungsplan "Seniorenzentrum Knoppstraße"

Gemeinde Marpingen / Gemeindebezirk Urexweiler



Planzeichenerläuterung nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZVO 1990	
Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1-11 BauNVO)	Sonstiges Sondergebiet, "Seniorenzentrum" (§ 11 BauNVO)
Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)	0,6 Grundflächenzahl IV Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze OH=11,0 m Gebäudehöhe als Höchstgrenze a abweichende Bauweise
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)	Baugrenze
Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung Zweckbestimmung: Fußweg
Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)	EVS Hauptstammleiter
Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)	Öffentliche Grünflächen
Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maß zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)	Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB) Sonstige Planzeichen Fläche für Stellplätze St mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB) Nachrichtlich: Beleuchtung

Teil B: Textteil

Festsetzungen gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO	
1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 1-15 BauNVO)	Als zulässige Art der baulichen Nutzung wird im Bebauungsplan ein Sonstiges Sondergebiet "Seniorenzentrum" gemäß § 11 BauNVO festgesetzt.
Zulässige Arten von Nutzungen	- der Zweckbestimmung dienende Wohnungen - betreutes Wohnen - stationäre Hausgemeinschaften - Pflegeeinrichtungen zur Kurzzeit- und Tagespflege und zur vollstationären Pflege - der Zweckbestimmung dienende Büro-, Sozial- und Lageräume, Besprechungs- und Fortbildungsräume und sonstige Nebenräume - der Zweckbestimmung dienende Ver- und Entsorgungseinrichtungen - der Zweckbestimmung dienende Gastronomie-einrichtungen - der Zweckbestimmung dienende Nebenanlagen - Stellplätze
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und §§ 16-21 BauNVO)	Das Maß der baulichen Nutzung wird im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans bestimmt durch die Festsetzung von: Grundflächenzahl (GRZ, §§ 16, 19 BauNVO) GRZ=0,6 Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche sind die Grundflächen von: 1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, 2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO, mitzurechnen. Gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO ist eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen der o.g. Anlagen bis zu einer GRZ von 0,8 zulässig.
Zahl der Vollgeschosse (Z, §§ 16, 20 BauNVO)	siehe Nutzungsschablone, Z=IV als Höchstmaß
Höhe baulicher Anlagen (§§ 16, 18 BauNVO)	siehe Nutzungsschablone, In SO wird die Höhe baulicher Anlagen bestimmt über die Festsetzung der maximalen Gebäudehöhe. Als unterer Bezugspunkt gilt die Oberkante des in Kurvenbereich der Knoppstraße vorhandenen Kanalschuttes. GH: 11,0 m Die festgesetzte Gebäudehöhe darf durch notwendige technische Anlagen überschritten werden.
3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)	siehe Nutzungsschablone, Im SO gilt eine abweichende Bauweise. Die Gebäude sind mit seitlichem Grenzabstand zu errichten, es gilt keine Längengrenzabstand.
4. Überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)	siehe Plan, Die überbaubaren Grundstücksflächen werden im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans bestimmt durch die Festsetzung von Baugrenzen . Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß (bis 0,5 m) kann gestattet werden.
Nebenanlagen	Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind innerhalb und als Ausnahme auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
5. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)	siehe Plan, Stellplätze, Carports und Garagen sind im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans auf dem Baugrundstück nur innerhalb der dafür in der Planzeichnung abgegrenzten Flächen sowie innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind diese Anlagen nur bis zu einer Tiefe von maximal 30 m im Sondergebiet ausgehend von der jeweils an das Grundstück angrenzenden Seite der Knoppstraße zulässig.

6. Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)	siehe Plan, Entsprechend der Planzeichnung werden Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, hier Fußgängerbereich , festgesetzt.
7. Führung von Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)	siehe Plan, hier: Hauptstammleiter der EVS Das Sondergebiet ist im Trennsystem mit getrennter Ableitung des auf den Grundstücken anfallenden Niederschlagswassers und des sonstigen Schmutzwassers zu entwässern.
8. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)	siehe Plan, hier: Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu Gunsten der EVS Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zu Gunsten der Öffentlichkeit
9. Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)	Zufahrten sowie Stellplatzflächen sind wasserundurchlässig zu befestigen.
10. Bauliche und sonstige technische Vorkehrungen zur Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)	siehe Plan, In dem in der Planzeichnung entsprechend gekennzeichneten Bereich ist die Grundstücksgestaltung so vorzunehmen, dass keine Wohn- und Schlafräume mit Tür- und Fensteröffnungen, die zur Tennisanlage liegen, eingerichtet werden. Ausnahmsweise ist die Einrichtung von Wohn- und Schlafräumen in diesem Bereich zulässig, wenn durch entsprechende Schallschuttmassnahmen die Einhaltung der einschlägigen Immissionsrichtwerte nachgewiesen werden kann.
11. Flächen zum Anpflanzen und zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und Bindungen für Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB)	siehe Plan, Im Bebauungsplangebiet sind auf den festgesetzten Flächen zum Anpflanzen pro 300 m² Grundstücksfläche mindestens ein standortgerechter Laubbau und drei Sträucher in Gruppen zu pflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Vorhandene Gehölze werden angerechnet. Pro 6 Stellplätze ist an beliebiger Stelle im Plangebiet ein hochstämmiger, heimischer Laubbau zu pflanzen und zu unterhalten. Für Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern sind standortgerechte heimische Gehölze zu verwenden. Die Bäume sind als Hochstamm zu pflanzen. Der Stammdurchmesser soll mindestens 10 - 12 cm betragen. Eine Auswahl an geeigneten Pflanzen ist der folgenden Pflanzliste zu entnehmen. Pflanzliste Gehölze (Beispiele): Berg-Ahorn, Spitz-Ahorn, Trauben-Eiche, Halbtanne, Felsenbirne, Gemeine Esche, Traubeneiche, Kornelkirsche, Schlehe, Roter Hartriegel, Weißdorn, Gemeine Birke, Holländer, Weiblicher Schneeball, Rose, Sommer-Linde, Winter-Linde Pflanzmaterial und -qualität: Zur schnelleren Wirksamkeit der Pflanzmaßnahmen werden folgende Mindest-Qualitätsstandards an das zu verwendende Pflanzmaterial gestellt: Hochstämme > 200 cm, Stk 10 - 12 cm Sträucher > 30 cm, Stk 100 - 125 cm Heister > 200 cm, 100 - 150 cm
12. Räumlicher Geltungsbereich (§ 9 Abs. 7 BauGB)	Die genauen Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans sind der Planzeichnung zu entnehmen.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. LBO Saarland)	
1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 85 Abs. 1 Nr. 1 LBO)	1.1 Dachgestaltung Entsprechend den Eintragungen in der Planzeichnung sind im Bebauungsplangebiet für die Hauptgebäude nur flachgedächte (FD) zulässig. Photovoltaikanlagen und Solarkollektoren zur Brauchwassererwärmung sind auf den Dächern zulässig. 1.2 Fassade Als Hauptfassadenfarbe sind abgedämpfte helle bis mittlere Farbtöne zu wählen. Unzulässig sind großflächige Verkleidungen und Verschalungen mit glatten, glänzenden Oberflächen, z.B. Kunststoffe, Metalle, glasierte bunte oder gefällene Keramikplatten u.ä. Türen und Fenster sind in Format und Material einander anzupassen.
2. Gestaltung sonstiger Anlagen und Flächen (§ 85 Abs. 1 Nr. 3 LBO)	2.1 Unbebaute Flächen der bebauten Grundstücke Die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sind als Grün- bzw. Gartenflächen anzulegen, sofern sie nicht als Verkehrsflächen benötigt werden. Dabei sind für Anpflanzungen geeignete einheimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden. 3. Einfriedungen (§ 85 Abs. 1 Nr. 4 LBO) Einfriedungen als Abgrenzungen im oder zum öffentlichen bzw. öffentlich zugänglichen Raum dürfen nicht höher als 0,90 m sein. Es sind dazu natürliche Materialien zu verwenden. Für sonstige Einfriedungen sind Hecken oder Zäune bis 2,0 m Höhe oder Mauern bis 1,2 m Höhe zulässig. Maschendrahtzäune sind nur innerhalb von Hecken zulässig. Regelungen des Nachbarschaftsgesetzes bleiben unberührt. 4. Ordnungswidrigkeiten (§ 87 LBO) Gemäß § 87 Abs. 1 LBO handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig diesen, nach § 85 LBO erlassenen, Örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einer Höhe von € 250.000, gehandelt werden (§ 87 Abs. 3 LBO).

Hinweise	
Wasserrechtliche Erlaubnis	Zur Einleitung der Niederschlagswässer in einen Bachlauf ist die Einholung einer wasserrechtlichen Erlaubnis erforderlich.
Denkmalschutz	Die Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsverbot bei Bodenfunden nach dem saarländischen Denkmalschutzgesetz sind zu beachten.
Bepflanzungen	Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 19520 formulierten Sicherungsvorkehrungen zu beachten. Bepflanzungen im Bereich von unterirdischen Versorgungsanlagen sind entsprechend des Merkblattes GW 125 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrsweisen auszuführen. Bei den Anpflanzungen sind die definierten Abstände des Nachbarschaftsrechtes einzuhalten bzw. abzustimmen.
Hausdrainagen	Hausdrainagen dürfen nicht im Grundwasser bzw. im Bereich von Hangquellen liegen. Bei bestehendem Grund- und Hangwasser wird die Ausbildung der Untergeschosse als "weiße Wanne" empfohlen.
Oberboden	Die vorhandenen Oberböden sind separat von anderen Aushubmassen zu behandeln, d.h. separat abzuschieben, in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Verwitterung oder Verpugung zu schützen.
Ver- und Entsorgungsanlagen	Bei Erd- und Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass vorhandene Ver- und Entsorgungsanlagen nicht beeinträchtigt werden. Eine rechtzeitige Abstimmung mit den Ver- und Entsorgungsträgern und Einweisung der am Bau beteiligten Firmen ist erforderlich.
Lärmschutz	Fahrverkehr und Ladebetrieb in Verbindung mit Vorgängen wie z.B. Warenanlieferung oder Müllentsorgung, sind auf die Tageszeit (08:00 - 22:00 Uhr) zu beschränken. Innerhalb des Sondergebiets ist die Parkplatznutzung ist so zu reglementieren, dass nachts in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr nur Parkplätze zur Verfügung stehen, die mindestens 28 m von dem nächst gelegenen Wohngebäude entfernt liegen.
Telekommunikationslinien	Im Plangebiet befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom und von Kabel Deutschland. Die Gemeinde Marpingen wird sich vor Beginn der Baumaßnahme rechtzeitig mit der Deutschen Telekom Netzproduktion GmbH bzw. Kabel Deutschland in Verbindung setzen.

Gesetzliche Grundlagen	
Bund:	Land:
Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)	Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599)
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I 1509)	Kommunalselbstverwaltungs-gesetz (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 4 des Gesetzes Nr. 1973 zur Einführung der elektronischen Form für den Amtsblatt des Saarlandes vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1215)
Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)	Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutz- rechts vom 05. April 2008 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 728), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1681 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2008 S. 3)
Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenvorordnung 1990 PlanZVO) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)	Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1678 vom 11. März 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 676)
Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz (WHG)) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie auf dem Gebiet des Umweltrechts sowie zur Änderung umweltrechtlicher Vorschriften vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163)	Saarländisches Denkmalschutzgesetz (DSchSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374)
Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542)	Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baubereichsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Art. 1 des neuen Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes 26. November 2010 (BGBl. I S. 1728)
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)	Saarländisches Nachbarrechtsgesetz, S. 210, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)	Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBoSchSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 900) zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 3 i.V.m. Art. 14 des Gesetzes Nr. 1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss
Der Rat der Gemeinde Marpingen hat in seiner Sitzung am 09.05.2012 die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans „Seniorenzentrum Knoppstraße“ beschlossen.
Die Änderung des Bebauungsplans wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 BauGB aufgestellt.
Der Beschluss wurde am 18.05.2012 mit dem Hinweis auf Durchführung im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung ortsüblich bekannt gemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
Marpingen, den **12.03.2012**

Satzungsbeschluss
Die Änderung des Bebauungsplans „Seniorenzentrum Knoppstraße“ wurde in der Sitzung am 08.09.2012 vom Rat der Gemeinde Marpingen als Satzung beschlossen.
Marpingen, den **12.09.2012**

Ausfertigung
Die Satzung der 1. Änderung des Bebauungsplans „Seniorenzentrum Knoppstraße“ wird hiemit ausfertigt.
Marpingen, den **12.09.2012**

Bekanntmachung
Der Beschluss des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am 14.09.2012 ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.
Mit dieser Bekanntmachung tritt die Änderung des Bebauungsplans „Seniorenzentrum Knoppstraße“ in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).
In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen nach § 215 Abs. 2 BauGB und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen hingewiesen worden.
Marpingen, den **12.11.2012**

Gesetzliche Grundlagen

Bund: Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585). Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I 1509). Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions- erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466). Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenvorordnung 1990 PlanZVO) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58). Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz (WHG)) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie auf dem Gebiet des Umweltrechts sowie zur Änderung umweltrechtlicher Vorschriften vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163). Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542). Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Art. 1 des neuen Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes 26. November 2010 (BGBl. I S. 1728). Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenverunreinigungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214). Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585).

Land: Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 18. November 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2599). Kommunalselbstverwaltungs-gesetz (KStVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 4 des Gesetzes Nr. 1973 zur Einführung der elektronischen Form für den Amtsblatt des Saarlandes vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1215). Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutz- rechts vom 05. April 2008 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 728), geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 5 des Gesetzes Nr. 1681 zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie im Saarland vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2008 S. 3). Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1994) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1678 vom 11. März 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 676). Saarländisches Denkmalschutzgesetz (DSchSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1498), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374). Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baubereichsrechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 3 i.V.m. Art. 14 des Gesetzes Nr. 1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393).

Übersichtslageplan (ohne Maßstab)

Maßstab 1 : 500	Projektbezeichnung MAR-AND-KNOPP -12-022	Planformat 965 x 841 mm
Verfahrensstand - Satzung -	Datum 08.09.2012	Bearbeitung Dipl.-Geogr. Th. Eichenhut

Gemeinde Marpingen / Gemeindebezirk Urexweiler

1. Änderung Bebauungsplan "Seniorenzentrum Knoppstraße"

Am Honberg 3
66123 Saarbrücken
Tel: 0681 / 389 16-60
Fax: 0681 / 389 16-70
info@argusconcept.com
www.argusconcept.com

ARGUS CONCEPT
Gesellschaft für Lebensraumentwicklung mbH